

500 Wiesbadener bald ohne häusliche Hilfen?

Die Viererkooperation verkündete: „Keine Kürzungen bei Zuschüssen für soziale Träger und Initiativen“ – das stimmt so nicht

Von Anke Hollingshaus

WIESBADEN. Etwa 500 Menschen in Wiesbaden erhalten bisher „häusliche Hilfen“, die ihnen nicht von der Krankenkasse, sondern von der Stadt bezahlt werden. Heißt: Es kommt jemand zu Älteren oder Kranken, der einkauft, der hilft, die Wohnung sauber zu halten. Von der Krankenkasse wird dies in der Regel erst ab Pflegegrad 2 bezahlt. Für diese 500 Leute könnte Ende des Jahres Schluss sein mit der häuslichen Unterstützung, die in Wiesbaden getragen wird von ASB, DRK, Caritas, den Johannitern, dem Kasteler Krankenhausverein und dem Biebricher Nachbarschaftshaus. 1,2 Millionen Euro spart man im Sozialdezernat ein, wenn dieses Angebot wegfällt. Für 2024, heißt es in einem Schreiben von Amtsleiterin Da-

niela Leß, stehen „nach aktueller Beschlusslage für 2024 keinerlei finanzielle Mittel für die häuslichen Hilfen zur Verfügung.“

„Da wird mancher Kühlschrank leer bleiben“, sagt Tobias Kümper, Geschäftsführer des ASB. Er hat durchaus Verständnis für die Sparzwänge der Stadt, aber keines dafür, dass von jetzt auf gleich gekündigt werde. Vertraglich sei man bis Ende '24 aneinander gebunden. „Wenn man uns ein halbes Jahr Zeit gegeben hätte, dann hätten wir bestimmt Wege gefunden, sowohl unsere Kunden zu unterstützen, vielleicht einen Pflegegrad zu beantragen oder anderweitig Hilfe zu finden. Aber das geht nicht kurz vor Weihnachten.“ Ulf Weyer, Regionalvorstand der Johanniter, ergänzt: „Wir betreuen 130 Klienten bei den häuslichen Hil-

fen und beschäftigen hier 17 hauptamtliche Kräfte.“ Das Team sei diese Woche informiert worden. Die Organisationen setzen jetzt auf Gespräche mit der Stadt und hoffen, eine Übergangsfrist zu erreichen.

Und noch etwas entfällt: Es wird für Senioren keine CCW-Sitzung im Wiesbadener Kurhaus mehr geben. Zu teuer. So spart die Sozialverwaltung. „Das ist schmerzlich“, sagt Sozialdezernentin Patricia Becher (SPD) im Gespräch mit dem Wiesbadener Kurier. „Aber andere Seniorensitzungen werden stattfinden.“ Becher möchte den Blick aufs Positive lenken: „Wir müssen keine einzige Einrichtung für alte Menschen schließen. Alle Treffs bleiben erhalten.“ Eine Schließung war ebenso Thema noch im Frühjahr wie die von Jugendzentren, die es nun ebenfalls nicht geben wird.

Auch bei den Kinder-Eltern-Zentren (KiEZ), von denen es zehn in Wiesbaden gibt, wird gespart. Insgesamt sind es hier 275.000 Euro. Die Schulsozialarbeit wird vorerst auch nicht ausgebaut. Sozialdezernentin Patricia Becher betont, dass bei Trägern, „die Zuschussverträge mit uns haben, die Dynamisierung garantiert wird“. Das heißt: Die Stadt gleicht Gehaltserhö-



Spaziergänge, Hausarbeiten, Einkaufen. Häusliche Hilfen, die die Stadt bisher freiwillig für Menschen ohne Pflegegrad finanziert hat, sollen gestrichen werden.

Foto: Rolf Vennenbernd/dpa

hungen der dort Beschäftigten mit höheren Zuschüssen an die freien Träger aus. Das gelte für Elterninitiativen bei Kitas und für die Träger von Grundschulkinderbetreuungen. Als positiv hebt sie außerdem hervor, dass die Vergütung von Tagesmüttern- und -vätern angehoben werde. Und für die KiEZe sieht sie keine Notwendigkeit, Personal zu reduzieren, was ursprünglich bei einer deutlich stärkeren Kürzung im Raum gestanden hätte. Wie die Zentren sparen sollen, „diesen Prozess starten wir jetzt gemeinsam“, kündigt Patricia Becher an.

„Ich bin froh, dass wir allzu große Einschnitte verhindern

konnten“, sagt die Dezernentin. Jetzt komme aber bei vielen Trägern die Erkenntnis an, dass es aber im Detail doch Einschnitte gebe. Die Proteste seien gut und nützlich gewesen, sie hätten „dem sozialen Netz in Wiesbaden ein Gesicht gegeben“, sagt Becher. Wie berichtet, waren mehr als 13.000 Unterschriften gegen Kürzungen im Sozialbereich gesammelt worden.

Für Familien werden der Kita-besuch oder die Grundschulkinderbetreuung zwar bei Weitem nicht so teuer, wie auf der im Frühjahr veröffentlichten „Liste des Grauens“ zuerst befürchtet, aber teurer wird es schon.

KITA UND GRUNDSCHULBETREUUNG TEURER

► Ab Januar 2024 kostet die Verpflegung in der Kita 85 statt bisher 70 Euro. Der Essensbeitrag war viele Jahre nicht erhöht worden.

► Ein **Krippenplatz** kostet ab April 230 (bisher 220) Euro für 7,5 Stunden beziehungsweise 275 (260) Euro für 9,5 Stunden. Ein **Platz für**

Drei- bis Sechsjährige in der Kita kostet dann 180 (vorher 170) beziehungsweise 230 Euro (215) monatlich. Für einen **Hortplatz** zahlt man 185 statt bisher 170. Die Grundschulkinderbetreuung wird zum August teurer. Sie steigt auf 160 (vorher 150 beziehungsweise 185 Euro statt 170).